



von Helmut Markwort

Man muss kein Freund der CSU sein, um sie gegen das neue Wahlrecht zu verteidigen

Montag

Die Reform des Wahlrechts zum Bundestag war dringend notwendig. Seit mehr als zehn Jahren doktern die Parteien an einer einvernehmlichen Lösung herum, aber alle Versuche sind an Egoismen gescheitert. Jetzt haben die drei Ampelparteien ihren Vorschlag mit einfacher Mehrheit durchgedrückt. Das gute Ergebnis: Im nächsten Bundestag werden etwa einhundert Abgeordnete weniger sitzen. Diese Verkleinerung des Parlaments hilft der politischen Arbeit und entlastet die Steuerzahler.

Das neue Gesetz enthält aber einen folgenschweren Schönheitsfehler: Es missachtet die Regeln der Fairness und der Demokratie. Durch die Streichung der Grundmandatsklausel, wonach eine Partei durch drei direkt gewählte Abgeordnete auch unterhalb der Fünfprozenthürde in den Bundestag einziehen kann, ist auf den ersten Blick die Linkspartei gefährdet. Sie verdankt ihre derzeitige Fraktion genau drei direkt gewählten Abgeordneten. Auf den zweiten Blick stellt sich aber auch heraus, dass das veränderte Recht die CSU komplett aus dem Bundestag kegeln könnte. Bei der letzten Wahl hat die Partei, die nur in Bayern antritt, bundesweit 5,2 Prozent erreicht. Schafft sie beim nächsten Mal nur 4,9 Prozent, hätte sie keinen Sitz im Bundestag, obwohl sie höchstwahrscheinlich in Bayern mehr als vierzig aller Direktmandate gewinnen kann. 2021 hatte die CSU in 45 von 46 bayerischen Wahlkreisen gewonnen. Vierzig direkt vom Volk gewählte Politiker dürften nicht ins Parlament einziehen. Die Wählerinnen und Wähler würden verhöhnt.

Man muss kein Sympathisant der CSU sein, um sich über diese Ungerechtigkeit zu empören. Es reicht, ein Demokrat zu sein. Es reicht anzuerkennen, dass Deutschland kein Zentralstaat ist. Wir wählen nach Länderlisten, nicht nach einer Bundesliste.

Zu Recht hat sich der CSU-Politiker Alexander Dobrindt im Bundestag in eine Zornesrede gesteigert. Er nannte die Reform „einen Akt der Respektlosigkeit gegenüber den Wählerinnen und Wählern, gegenüber der Opposition und gegenüber der Demokratie an sich“.

Wie lässt sich das Übel heilen? Der Bundespräsident als Notar Deutschlands könnte das Gesetz nicht unterschreiben.

Die Richter in Karlsruhe könnten die Streichung der Grundmandatsklausel ablehnen. Allenfalls könnten sie die Zahl der direkt zu gewinnenden Mandate auf fünf empfehlen.

Sollten die Richter in den roten Roben aber das neue Wahlrecht unverändert durchwinken, müsste die CSU aus eigener Kraft nach Lösungen suchen.



Zornesrede CSU-Sprecher Dobrindt protestierte im Bundestag gegen eine Wahlrechtsklausel

Der alte Plan, bundesweit anzutreten, würde wohl die fünf Prozent sicherstellen, wäre aber politisch und organisatorisch eine Revolution. 15 Landesverbände müssten aus dem Boden gestampft werden. Die CDU würde notgedrungen auch in Bayern antreten. Dauerkonflikte zwischen den ehemaligen Unionsschwestern würden die politische Tagesordnung bestimmen.

Aus der frisch gewachsenen Männerfreundschaft zwischen Markus Söder und Friedrich Merz würde eine energieraubende Rivalität.

Den von grünen Politikern vorgeschlagenen Weg einer Listenverbindung mit der CDU lehnt die CSU ab. Sie sieht dadurch ihre Selbstständigkeit gefährdet. Außerdem gibt es eine Karlsruher Entscheidung, wonach Zählgemeinschaften konkurrierender Parteien zum Zwecke der Umgehung der Fünfprozenthürde grundgesetzwidrig sind.

Denkbar ist eine partielle Erweiterung, um die fünf Prozent zu sichern. Die bayerische CSU könnte in ihren ostdeutschen Nachbarländern Sachsen und Thüringen Landesverbände gründen und dort zur Bundestagswahl antreten. Wählerpotenzial ist vorhanden. Der Ärger mit den Freunden aus der CDU ist eingrenzbar.

Alle diese und noch andere Varianten werden in internen Kreisen der CSU diskutiert und gegeneinander abgewogen.

Dass eine dieser Lösungen realisiert werden muss, halte ich nicht für wahrscheinlich. Ich vertraue den Richtern in Karlsruhe. So sehr sie eine Verkleinerung des Parlaments unterstützen, so sehr werden sie Rechte der Wähler achten.

FOCUS-Gründungschefredakteur Helmut Markwort ist seit 2018 FDP-Abgeordneter im Bayerischen Landtag.

A portrait of Tillman Schulz, a man with light brown hair and a beard, wearing a dark blue suit jacket over a white t-shirt. He is looking directly at the camera with a slight smile. The background is a solid blue color.

VOX

TILLMAN SCHULZ

„Familienunternehmer mit Fokus
auf Lebensmittel, Gebrauchsgüter
und Gesundheit.“

NEUER LÖWE FÜR GUTE IDEEN

ab 3. APRIL MO 20:15

DIE HÖHLE DER
LÖWEN

oder streamen auf **RTL** +

Aloha Wanderwell

Die erste Frau, die um die Welt fuhr.



ABENTEUER NEU ENTDECKEN



The new all-electric Explorer

Eine neue Pionierin. Ein neues Abenteuer.

Ford

BEREIT FÜR
MORGEN

Bestellbar im Laufe des Jahres 2023.